

Datum

11.06.2009

Nummer

203/2009

Thema

Verkehr

Redaktion

-CS-

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt zur Äußerung der Senatorin Junge-Reyer zum S-Bahnvertrag:

Vorzeitige Kündigung des S-Bahnvertrages wird geprüft

Auf Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte Senatorin Junge-Reyer in der heutigen Plenarsitzung, dass sie die S-Bahn zur Einhaltung ihrer vertraglichen Pflichten zwingen will. Anderenfalls drohte sie an, den S-Bahnvertrag nach Ablauf neu auszu-schreiben und künftige Fahrgastbefragungen nicht mehr durch die S-Bahn selbst, sondern durch Externe durchführen zu lassen.

Der Einwand der grünen Fraktion, dass man dann noch acht Jahre die Schlechtleistung der S-Bahn in Kauf nehmen müsse, obwohl sie nach dem geltenden S-Bahnvertrag 225 Millionen Euro Zuwendungen erhält, davon aber 56 Millionen Euro Gewinn an den Mutterkonzern abführt und der Senat maximal 5 Prozent, also 11 Millionen Euro Strafzahlungen einfordern kann, hat gewirkt: Die Senatorin kündigte an, den Vorschlag zur vorzeitigen Kündigung zu prüfen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat in einem Parlamentsantrag vorgeschlagen, der S-Bahn eine Frist zu setzen, ihre vertraglichen Verpflichtungen einzuhalten. Falls sie dazu nicht willens oder in der Lage ist, soll gekündigt und neu ausgeschrieben werden. Offensichtlich hat jetzt auch der Senat erkannt hat, dass der bestehende S-Bahnvertrag so schlecht für das Land Berlin verhandelt worden ist, dass die S-Bahn glaubt, ihn nicht erfüllen zu müssen.